



Karl Koller / Christoph Korosec

## **Europäische Republik**

### **Für einen kerneuropäischen Staat im Herzen der Europäischen Union**

Beitrag für die Festschrift zum 85. Geburtstag unseres Ehrenpräsidenten

Vizekanzler a.D. DI Dr. h.c. Josef Riegler „Der Visionär“ am 1. November 2023

Josef Riegler hat die österreichische Politik insbesondere als Begründer der „Ökosoziale Marktwirtschaft“ geprägt. Wir waren daher sehr stolz, dass wir Josef Riegler schon wenige Monate nach der Gründung unseres Vereins „Nova Europa – Sammlungsbewegung für eine Europäische Republik“ im Dezember 2003, für uns gewinnen konnten. Wir luden ihn im März 2004 zu einem Vortrag zum Thema „Klimawandel und Ökologisierung der Marktwirtschaft“ ein. Beim Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft gehe es „um einen riesigen Paradigmenwechsel für die menschliche Gesellschaft insgesamt“ so Riegler in seinem Vortrag, der Wirtschaft, Konsum, Verkehrssysteme und den Lebensstil insgesamt berühre. Eine Änderung des Verhaltens durch Appelle allein werde aber nicht genügen, auch ein reiner Dirigismus, Verbote oder Kontrollen seien nicht der richtige Weg. „Wir haben nur eine Chance, wenn wir in der Wirtschaft den Hebel umlegen“, folgerte er. Die Rahmenbedingungen müssten geändert werden. Steuer- und Subventionspolitik müssten so gestaltet sein, dass Nachhaltigkeit attraktiv werde und sich rechne.

Noch im März 2004 ist er dann beigetreten und hat unseren Verein viele Jahre entscheidend mitgestaltet. Josef Riegler war von September 2012 bis Mai 2019 Präsident von Nova Europa, zuletzt gemeinsam mit Heinrich Neisser und Nova Europa-Gründungsobmann Karl Koller. Seit Mai 2019 ist er Ehrenpräsident von Nova Europa. In all den Jahren hat er an den Konzepten von Nova Europa mitgearbeitet und sie vertreten.

Faszinierend an Josef Riegler ist seine ruhige und analytische Art sowie sein Weitblick, der immer das große Ganze im Auge behält.

Ein gutes Beispiel für diese Weitsicht manifestierte sich zur Zeit der Euro-Schuldenkrise. Zur Erinnerung: im Dezember 2011 befand sich die Eurozone in einer kritischen Phase. Zehnjährige griechische Staatsanleihen notierten mit einem Zinssatz von 35,22%, während sie im Dezember 2010 noch bei 12,47% lagen. Für portugiesische Staatsanleihen waren die Renditen im Jahresabstand von 6,6% auf 13,46% geklettert. Italienische Staatspapiere notierten bei 6,95% gegenüber 4,82% Ende 2010. Im Vergleich dazu waren die Zinsen für deutsche Staatsanleihen von 2,96% auf 1,94% gefallen, die Zinsen auf österreichische Staatsanleihen immerhin von 3,51% auf 3%.

Einen Monat später, am 12. Jänner 2012, mitten in dieser Krise, hielt Josef Riegler im Festsaal der Wiener Diplomatischen Akademie eine programmatische Rede unter dem Titel „EU – wohin geht die Reise“, in der er nichts Geringeres forderte als die Gründung einer Europäischen Republik, eines kerneuropäischen Staates in Herzen der EU.

In seiner Rede analysierte er einleitend die gegenwärtige Schuldenkrise in der Eurozone und die damit einhergehenden weltwirtschaftlichen Verwerfungen. Der Kern dieser Krisen seien die Ungleichgewichte – global zwischen Volkswirtschaften, wie zwischen den USA und China oder zwischen Deutschland und den südeuropäischen Staaten, und national zwischen öffentlichen Schulden und privatem Geldvermögen. Dazu kämen die Ratingagenturen als Brandbeschleuniger und die generelle „Schiefelage zwischen Finanz- und Realwirtschaft“. „Letztlich kann“, so stellte Riegler damals fest „sowohl die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, in der wir uns seit Herbst 2008 befinden, wie auch die Krise in der Eurozone nur gelöst werden, wenn wieder Gleichgewichtszustände hergestellt werden“. Und um dies zu erreichen, stellte er die folgenden Forderungen auf:

- Der Einsatz von Geld in realwirtschaftlichen Projekten muss gegenüber der Spekulation attraktiver werden. Ein Instrument, um dies zu erreichen, wäre die Einführung einer entsprechend hoch dotierten Finanztransaktionsabgabe. „Investieren statt spekulieren“, so Josef Riegler.
- Eine breite Einkommens- und Vermögensstreuung – daher auch eine ausgewogene Besteuerung von Einkommen aus Arbeit und Einkommen aus Vermögensveranlagung bzw. Spekulation;
- Ausgeglichene Budgetierung und Schuldenabbau;
- Unterbindung der Steuerflucht: Steuern auf Einkommen sind dort zu entrichten, wo die Einkommen erwirtschaftet werden;
- Transparenz statt Bankgeheimnis;
- Destruktive Spekulation mit Finanztiteln, Lebensmitteln, Rohstoffen und Energie, durch welche Milliarden von Menschen in bitterste Armut gestoßen werden, muss unterbunden werden.
- Ein „neues Bretton Woods-Abkommen“: Wechselkurse sollen wieder auf Basis von Leistungsbilanzen gefunden werden – die Währungsspekulation muss ausgeschaltet werden.

„Für alle diese Anliegen bedarf es einer starken politischen Kraft aus der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft, weiterentwickelt zum derzeit global überzeugendsten Modell einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft als konstruktive Alternative zum Marktfundamentalismus“, so Josef Riegler. Diese „starke politische Kraft“ ist ein europäischer Staat – die „Europäische Republik“.

Josef Riegler stellte dann dem Auditorium Stufe zwei und drei des von Nova EUropa am 8. Dezember 2011 veröffentlichten "Drei-Stufen-Plan zur Euro-Rettung und zur Demokratisierung der Eurozone" vor. In einem ersten Schritt sollten willige Euro-Länder eine echte Fiskalunion mit einer echten Wirtschaftsregierung – unter demokratischer Kontrolle der EU-Parlamentarier der beteiligten Eurozonenstaaten und einer Staatenkammer nach dem Muster des deutschen Bundesrates – bilden und in einem zweiten Schritt soll dann bis 2020 ein europäischer Staat, die „Europäische Republik“, mit einem vom Volk gewählten Präsidenten gebildet werden.

Weder Stufe zwei noch Stufe drei sind bisher umgesetzt. Die Visionäre, die dies durchsetzen hätten können, gab es vor allem in Deutschland seit Helmut Kohl nicht mehr. Frankreichs Präsidenten, Sarkozy, Hollande und Macron haben bisher vergeblich eine Wirtschaftsregierung der Eurozone gefordert, Macron zuletzt immer wieder ein souveränes Europa – doch in Deutschland hat Frankreich keinen Partner mehr – Deutschland bremst. Helmut Kohl, von dem das Zitat stammt, dass „die Visionäre die wahren Realisten der Geschichte“ seien, war der letzte große deutsche Staatsmann, der gemeinsam mit Frankreichs Präsident François Mitterrand Europa entscheidend voranbrachte – mit der Einführung der gemeinsamen Euro-Währung. Josef Riegler hat übrigens genau dieses Zitat von Helmut Kohl, das auch das Leitmotiv von Nova EUropa ist, ans Ende seiner Rede gestellt.

Was aber Realität wurde, war Stufe eins des Nova EUropa-Plans. Der damalige Nova EUropa Obmann Karl Koller hat dies im Anschluss an Josef Rieglers Rede dem Auditorium erläutert: „Es braucht die Europäische Republik“, so Koller „um die Währungsunion langfristig zu stabilisieren, es braucht sie, um das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell langfristig aufrechterhalten zu können, es braucht sie, damit die Ablösung der Globalisierung der neoliberalen Ideologie durch die Globalisierung der

Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft gelingen kann und es braucht sie, damit Europa in der Lage ist, seine außen- und sicherheitspolitischen Ziele und Interessen in einer Welt von aufstrebenden neuen Großmächten durchsetzen zu können.“ Kurzfristig aber bedürfe es zur Rettung der Eurozone einer entschiedenen Maßnahme der EZB – des unbegrenzten Ankaufs von Eurozonen-Staatsanleihen. „Wenn eine solche Ankündigung glaubwürdig erfolgt, würde es zu einem unmittelbaren Rückgang der Renditen kommen, sodass Interventionen in diesem Ausmaß gar nicht erforderlich wären“, zitierte Koller aus dem Nova EUropa-Plan. Angst vor Inflation sei zum damaligen Zeitpunkt unbegründet – denn die vergrößerte Geldbasis wirke so lange nicht inflationstreibend, wie die Geldmenge in der gesamten Wirtschaft nicht zunimmt. Zudem seien die Produktionskapazitäten in der Eurozone unterausgelastet – was man nicht zuletzt an der hohen Arbeitslosenrate in der Eurozone sehe, weshalb keine Gefahr bestünde, dass eine höhere Nachfrage nicht durch ein steigendes Angebot befriedigt werden könnte. Schließlich würde die Befürchtung, dass eine bei der Staatsfinanzierung direkt oder indirekt aktive Zentralbank inflationstreibend sei, auch durch Notenbanken wie jener der USA, des UK oder Japans widerlegt. Die amerikanische FED hatte zum damaligen Zeitpunkt um zwei Billionen Euro, das UK um gut 300 Milliarden Euro eigene Staatsanleihen erworben - was rund 18% der jeweiligen Wirtschaftsleistung entsprach. Die EZB dagegen hat gerade mal um 200 Milliarden Euro eigene Staatsanleihen gekauft, was in etwa zwei Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachte.

Mit dieser Forderung ist Nova EUropa und damit die Unterzeichner des Drei-Stufen-Plans zur Eurorettung, neben Josef Riegler der Zweite Nationalratspräsidenten a.D. Univ.-Prof. Dr. Heinrich Neisser sowie ÖVP-Bundesparteiobermann a.D. Dr. Josef Taus und der Nova EUropa-Vorstand richtig gelegen – denn genau das ist passiert. Mario Draghi, damals Präsident der EZB, hat so den Euro gerettet. Auf der Global Investment Conference in London im Juli 2012 erklärte Draghi in seiner Rede, „Within our mandate, the ECB is ready to do whatever it takes to preserve the euro. And believe me, it will be enough.“ Und nach der Sitzung des EZB-Rates am 6. September 2012 kündigte er an, dass die Zentralbank nun bereit sei, unbegrenzt Anleihen mit einer Laufzeit von einem bis drei Jahren zu kaufen, wenn sich die betreffenden Staaten der strikten Kontrolle des Euro-Rettungsfonds unterwerfen. Das brachte die Wende – die Renditen der Staatsanleihen der Euro-Peripherie sind auf ein erträgliches Maß gesunken, der Euro war gerettet.

Im September 2014 diskutierte Josef Riegler im Rahmen des „Evolution Volkspartei“ Prozesses mit dem Ökonomen Univ.-Prof. Dr. Gottfried Haber, seit Juli 2019 Vize-Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank, unter dem Titel „zwischen (neo)liberal und ökosozial“ in der Politischen Akademie der Volkspartei. Auch hier betonte er die Notwendigkeit, die Ökosoziale Marktwirtschaft zu globalisieren. Entscheidend für den weltweiten und langfristigen Erfolg der Ökosozialen Marktwirtschaft sei die Findung der richtigen Balance zwischen einer leistungsfähigen Wirtschaft, finanzierbarer Sozialpolitik und nachhaltiger Ökologie. Als größte Herausforderung für die Zukunft nannte Josef Riegler die Schließung von Steueroasen sowie die Besteuerung globaler und transnationaler Konzerne, die ihren fiskal gerechten Beitrag seit langem nicht mehr entrichten.

Seit der Euro-Schuldenkrise 2011/12 hat Europa weitere Krisen durchlaufen – die Flüchtlingskrise 2015 und seit Februar 2022 ist Europa mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine konfrontiert.

Europa hätte und würde alle diese Krisen besser meistern können, wäre eine Europäische Republik von EU-Kernstaaten in der Zwischenzeit gegründet worden. Denn diese Europäische Republik wäre ein Player, der in der Lage ist, seine Interessen wirkungsvoll zu vertreten, und eine Macht, die auf Augenhöhe mit den USA und China agieren könnte.

- Europa, wie es heute existiert, ist sicherheitspolitisch von den USA abhängig und selbst von regionalen Mittelmächten wie der Türkei erpressbar. Im Ukraine-Russland Krieg ist es kein Akteur, der seine Interessen vertritt, sondern Anhängsel der USA.

- Europa, wie es heute existiert, ist über die Asylschiene mit einer scheinbar unaufhaltsamen Zuwanderung insbesondere junger Männer konfrontiert, die zum größten Teil ihre kulturelle Prägung in frauenverachtenden Herkunftsgesellschaften erhalten haben. Dabei würde Europa Zuwanderer brauchen, doch es fehlt ein Konzept geregelter, qualifizierter und kulturkompatibler Einwanderung.
- Europa, wie es heute existiert, hat die Bedrohung durch den Klimawandel, der in eine Katastrophe münden kann, wenn das Zwei-Grad-Ziel nicht erreicht wird, erkannt. Verhindern kann Europa diese fatale Entwicklung alleine aber nicht. Die USA, China, Indien und Brasilien sind genauso entscheidend, ja entscheidender um den katastrophalen Weg in Richtung einer Erwärmung von 2,8 Grad zu stoppen.
- Europa, wie es heute existiert, ist wirtschaftlich noch stark und bedeutend – doch es ist auch in bedrohlichem Ausmaß abhängig: vor dem Ukraine-Krieg von Energie aus Russland und nun noch mehr von den islamistischen Diktaturen am Golf, von Pharmazeutika aus Indien und China und von chinesischen Waren- und Rohstofflieferungen aller Art – wovon übrigens auch die geplante Energiewende abhängt.

Nova EUropa hat all das schon frühzeitig erkannt und sich gegen den Zeitgeist positioniert – wenn auch bis dato, wie zu erwarten, erfolglos. Nova EUropa hat aber konsistente und aufeinander abgestimmte Konzepte entwickelt, mit denen die multiplen Herausforderungen zu bewältigen wären. Josef Riegler hat dies in den vergangenen 20 Jahren aktiv unterstützt und Konzepte beigesteuert.

Nun, welches sind die Lösungsansätze von Nova EUropa, die, wenn sich ein „Window of Opportunity“ öffnet, umsetzbar wären?

2016 hat Nova EUropa den „7-Punkte Plan als Antwort auf den Brexit“ beschlossen, der im September 2021 aktualisiert und ergänzt als „7-Punkte Plan für die Weiterentwicklung der europäischen Integration“ veröffentlicht wurde. Wir wollen die dort aufgezeigten Lösungsansätze kurz anreißen.

Da Europas Staaten einzeln die Möglichkeiten fehlen, die großen Herausforderungen anzugehen, braucht es einen europäischen Staat. Dieser muss

- groß genug sein, um wirtschaftspolitisch handlungsfähig zu sein und das Potential zur Weltmacht haben
- und klein und homogen genug – wirtschaftlich und bezüglich der Interessenslage – damit bei den Bürgern von Beginn an ein Zusammengehörigkeitsgefühl vorhanden und mittelfristig ein Zusammenwachsen zu einer Nation möglich ist.

Nova EUropa schlägt den Zusammenschluss der sechs EU-Gründerstaaten plus Österreich zu einem kerneuropäischen Staat, der „Europäischen Republik“ vor, die dann als ein Staat Mitglied der Europäischen Union wäre. Dieser Staat würde genau den oben beschriebenen Anforderungen genügen.

- Diese Europäische Republik würde Staaten umfassen, die seit dem Zweiten Weltkrieg über viele Jahrzehnte zu einem ökonomischen und kulturellen Raum zusammengewachsen sind. Ökonomisch sind sie auf ähnlichem Level, mit einem ähnlichen Wohlstandsniveau und trotz mancher Unterschiede ähnlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen – nämlich einer Marktwirtschaft, in der der Staat als Regulator und als aktiver Akteur und Gestalter eine Rolle spielt. In diesem Staat würde man nur vier Sprachen sprechen, Französisch, Deutsch, Italienisch und Niederländisch, ähnlich wie in der Schweiz – die auch trotz der vier Sprachen zu einer Nation zusammengewachsen ist. Schließlich hat dieser geographische Raum auch gemeinsame historische Wurzeln – es ist das Gebiet des Karolinger-Reiches dessen Zerfall als Urtragödie Europas gesehen werden kann mit all den Kriegen im Herzen Europas bis zu den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. Die deutsch-französische Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg und die enge

politische Zusammenarbeit dieser beiden Staaten haben genau diese gemeinsamen Wurzeln wieder aufgegriffen – nicht umsonst wird in Aachen der Karlspreis vergeben. Österreich ist geographisch, kulturell, wirtschaftlich und historisch Teil dieses Raumes – deshalb wünschen Josef Riegler und wir uns alle von Nova Europa als überzeugte Europäer, dass auch unsere Heimat Teil dieser Europäischen Republik wird.

- Die Europäische Republik wäre durch den Eintritt Frankreichs Nuklearwaffenmacht und sie hätte einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Seit dem Ukrainekrieg ist auch den Europäern klar, dass sie massiv aufrüsten müssen – denn Europa ist keine Insel der Seligen, im Gegenteil, Europa ist mit ernsthaften potenziellen militärischen Bedrohungen konfrontiert. Da ist jedenfalls Russland, das durch den Angriffskrieg auf die Ukraine gezeigt hat, dass es nur eine macht- und keine rechtsbasierte Ordnung akzeptiert. Da ist auch der NATO-Partner Türkei, der immer wieder das EU-Mitglied und NATO-Land Griechenland militärisch bedroht und Jihadisten in diversen arabischen Ländern sowie den Politischen Islam in Europa unterstützt. Und da ist China, das immer stärker aufrüstet und machtbewusster – insbesondere im indopazifischen Raum – auftritt. Europa kann sich nicht auf Dauer auf den Schutz durch die USA verlassen – denn dieser ist zum einen nicht sicher und zum anderen hat er seinen Preis, nämlich den Verzicht auf die Möglichkeit souveräner Entscheidungen im Sinne eigener nationaler Interessen. Die Europäische Republik hätte das Potential massiv aufzurüsten und auf Augenhöhe mit den USA zu agieren, was sie nach unseren Konzepten auch tun sollte – sie wäre Weltmacht und damit eine starke Schutzmacht und ein verlässlicher Alliiertes der kleineren EU-Mitglieder. Die Europäische Republik würde unabhängig von den USA ihr eigenes nationales Interesse verfolgen und insbesondere gegenüber Drittstaaten in ihrer Nachbarschaft durchsetzen können. Sie könnte mit Recht darauf bestehen, innerhalb der NATO gemeinsam mit den USA gleichberechtigte Führungsmacht zu sein.
- Die vorgeschlagenen Staaten sind mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Eine wohl große Herausforderung ist der Missbrauch des Asylrechts zur illegalen Einwanderung nach Europa, dem die europäischen Staaten und die EU hilflos gegenüberstehen. Europas Staaten müssen entscheiden können, wer zuwandern darf. Wer die Werte Europas, wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau, ablehnt, ja diesen sogar feindselig gegenübersteht, der soll hier keine Bleibe erhalten. Europa muss auch darauf bestehen, dass Asyl im ersten sicheren Drittstaat zu beantragen ist und dass diese Flüchtlinge dann auch dort zu bleiben haben. Abgelehnte Asylwerber wiederum müssen von den Herkunftsstaaten zurückgenommen werden. Die Europäische Republik, eine Weltmacht, hätte die Macht genau das durchzusetzen – durch diplomatische Einflussnahme hinter der nicht nur ökonomische, sondern eben auch militärische Macht stünde. Der Politische Islam und die mit ihm verbundenen Parallel- und Gegengesellschaften stellen eine Bedrohung für unser säkular-aufgeklärtes Gesellschaftsmodell dar. Es steht nichts Geringeres als Freiheit, Gleichberechtigung der Geschlechter und die Errungenschaften der Frauenemanzipation auf dem Spiel. Dass es – wie es in Frankreich heißt – „verlorene Territorien der Republik“ gibt, darf niemals akzeptiert werden, wie auch klar sein muss, dass Europas Werte, insbesondere auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann, nicht verhandelbar sind. Alain Finkielkraut hat es in der ZEIT so formuliert: "Europa muss ... sich selbst behaupten, indem es seine Prinzipien und Sitten auf eigenem Boden unerbittlich durchsetzt"<sup>1</sup>. Auch hier gilt – zum Beispiel bei Abschiebungen von

---

<sup>1</sup> DIE ZEIT, 26. November 2015 „Ich habe Angst vor Merkels Gesinnungsethik“, Interview mit Georg Blume wo Alain Finkielkraut u.a. davor warnt, den Islamismus als Randphänomen zu unterschätzen. „Aber wir dürfen den Islamismus auch nicht als Randphänomen betrachten. Der Islam ist nun mal seit seinen Anfängen eine eroberungslustige Religion. Er hat viele Niederlagen erlebt. Aber für die Islamisten ist heute die Zeit der Rückeroberung gekommen. Dafür proklamieren einigen von ihnen den globalen Krieg, andere nur das Predigen. Aber gemeinsam glauben sie, dass eine Islamisierung Europas zumindest teilweise möglich ist. Und wir dürfen nichts tun, um ihnen diesen Plan zu erleichtern. Europa muss dem im Gegenteil widerstehen, sich selbst behaupten, indem es seine Prinzipien und Sitten auf eigenem Boden unerbittlich durchsetzt. Andernfalls werden wir von innen ausgehöhlt.“ <https://www.zeit.de/2015/48/terror-deutschland-frankreich-angela-merkel-alain-finkielkraut/seite-2>

Straftätern in den Staat, dessen Staatsbürgerschaft sie besitzen – dass eine mächtige Europäische Republik dies erfolgreicher durchsetzen könnte, als selbst größere europäische Staaten. Letztlich aber bedarf es, um hier Erfolg zu haben, eines Bündels an Maßnahmen. Eine davon ist, dass man sich am Modell der französischen Laizität orientiert und Formen der Geschlechterapartheid aus staatlichen Einrichtungen insbesondere aus Schulen und Universitäten verbannt.

- Die größte Bedrohung für die gesamte Menschheit geht wohl von der drohenden Klimakatastrophe aus – denn trotz aller internationalen Beteuerungen und Abkommen bewegen wir uns auf eine Erderwärmung von 2,8 Grad zu, wie UN-Generalsekretär Antonio Guterres erst kürzlich warnte<sup>2</sup>. Nur wenn die Welt gemeinsam handelt, lässt sich diese Entwicklung aufhalten – Europa allein wird die Welt durch seine Energiewende nicht retten können. Es braucht hier mehr Pragmatismus und weniger Ideologie und Fanatismus! Die Weltklimakonferenzen mit über 190 Staaten sind ganz offensichtlich nicht das geeignete Format. Erfolgsversprechender wäre wohl eine Konferenz der Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und der größten Treibhausgasemittenten und Flächenstaaten. Das wären dann die USA, China, die Europäische Union und Frankreich oder die bereits gegründete Europäische Republik, das Vereinigte Königreich, Indien, Brasilien, Kanada, Australien und ja, auch Russland. Zum Realismus und Pragmatismus gehört eben hier auch, dass man sich die Regierungen der anderen Mächte nicht aussuchen kann – ohne Russland werden hier keine wirksamen Maßnahmen möglich sein. In diesem kleineren Rahmen könnte man wesentlich effektiver verhandeln – die Entscheidungen müssten dann für alle Staaten gelten, was angesichts der Macht der beteiligten Länder auch durchsetzbar wäre. Realismus und Pragmatismus sind auch gefragt, wenn es um Atomkraft geht. Nova EUropa stellt dazu in seinem 7-Punkte-Plan fest, dass Europa, jedenfalls als Brückentechnologie, nicht auf Atomkraft verzichten kann. Des Weiteren heißt es dort: „Jedenfalls aber muss die Forschung an innovativen Reaktortechnologien, die keine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen und wo keine Endlagerung von strahlendem Abfall notwendig ist – wie die Fusionstechnologie – vorangetrieben werden.“
- Mit dem Vorschlag der Reaktivierung der vom französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy vorgeschlagenen Mittelmeerunion könnte ein Beitrag zur Lösung mehrerer Themenfelder geleistet werden. In unserem 7-Punkte-Plan schlagen wir nicht nur die Reaktivierung der Mittelmeerunion, sondern auch deren Erweiterung um alle säkular orientierten Staaten Afrikas und des Mittleren Ostens vor, die gewisse Mindeststandards bezüglich Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung etc. erfüllen und auch bei der Rücknahme ihrer in Asylverfahren abgelehnten Staatsbürger kooperativ sein müssten. Diese sollten dann in den Genuss eines Euro-Marshallplans von einer „noch nie dagewesenen Dimension“ kommen. Durch diesen Marshallplan sollten dann ökologisch verträgliche Projekte in den Bereichen Infrastruktur, Landwirtschaft, Industrie, Bildung und Ausbildung finanziert werden. Mit der Finanzierung von Sonnen- und Windkraftwerken könnte grüner Wasserstoff erzeugt und durch dessen Export nach Europa eine nachhaltige Exporteinnahmequelle geschaffen werden. Somit würde man mit dem Euro-Marshallplan Lebensperspektiven schaffen, durch den steigenden Wohlstand und die Bildungsinitiativen die Geburtenraten und die Migration reduzieren und die Säkularisierung fördern.

---

<sup>2</sup> 16. Juni 2023 <https://unric.org/de/klimaschutz16062023/>; Trotz der drohenden Klimakatastrophe fällt die Antwort der Weltgemeinschaft nach den Worten von UN-Generalsekretär António Guterres „erbärmlich“ aus. „Die aktuelle Klimapolitik führt bis zum Ende des Jahrhunderts zu einer Erderwärmung von 2,8 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter“, sagte Guterres in New York. Das sei fast zweimal so viel wie das vereinbarte Ziel von 1,5 Grad. „Wir rasen sehenden Auges auf eine Katastrophe zu – mit zu vielen, die auf Wunschdenken, auf unerprobte Technologien und Wunderlösungen setzen. Es ist Zeit, aufzuwachen und aufzustehen.“ Noch sei es möglich, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das zentrale Problem seien die fossilen Energieträger, sagte Guterres. Es müsse eine komplette Umwandlung der Industrie hin zu sauberer Energie geben und „weg von einem Produkt, das mit dem Überleben der Menschheit unvereinbar ist“. Noch seien die Länder weit davon entfernt, ihre Klimaversprechen einzuhalten. Er nehme ein Fehlen von Ehrgeiz, Vertrauen und Unterstützung wahr.

- Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie sind das Rückgrat jeder Ökonomie, nicht Dienstleistungen und schon gar nicht die sogenannte „Finanzindustrie“. Zudem hat uns der Überfall auf die Ukraine gezeigt, dass wir weder in einer rechtsbasierten noch in einer marktbasieren, sondern in einer machtbasieren Weltordnung leben. Abhängigkeiten bei strategischen und lebenswichtigen Gütern sind gefährlich. Daher haben wir in unserem 7-Punkte-Plan die Re-Industrialisierung Europas gefordert. Europa muss die industrielle Produktion zurückholen, das betrifft insbesondere die Pharmaindustrie, die Halbleiterproduktion oder die Produktion von Photovoltaikpaneelen aber auch von vielen anderen industriell gefertigten Produkten. Die Abhängigkeit von strategischen Rivalen ist inakzeptabel, was nicht in Europa erzeugt wird, dafür müssen die Herkunftsquellen diversifiziert und auch die Handelswege militärisch geschützt werden. Strategisch wichtige Infrastruktur und Unternehmen müssen in europäischem Besitz bleiben, der Verkauf von Unternehmensanteilen und Infrastruktur muss daher untersagt und schon verkaufte Anteile zwangsweise zurückgekauft werden können.

Auch aktive Industriepolitik ist ein Muss! Gerade im Bereich der Rüstung wie auch bei der Flugzeugindustrie (Airbus) oder der digitalen Infrastruktur ist die Schaffung europäischer Champions von strategischem Interesse, um amerikanische oder chinesische Weltmonopole zu verhindern.
- Um all das zu stemmen, wird Europa jeden Mann und jede Frau brauchen. Nicht Staatsschulden sind die größte Bürde, die wir nächsten Generationen hinterlassen, sondern nicht getätigte sinnvolle Investitionen. Daher ist auch Arbeitslosigkeit eine der größten Ressourcenverschwendungen, weil diese Arbeitskräfte nicht für die Schaffung sinnvoller Güter genutzt wurden. Die staatliche Finanzierung notwendiger Projekte wird enorme Mittel erfordern, die primär durch Steuern aufzubringen sein werden. Ökosteuern mit Lenkungseffekt sind überaus notwendig aber keine nachhaltige Finanzierungsquelle, da deren Aufkommen sinnvollerweise durch den hervorgerufenen Lenkungseffekt laufend sinkt. Im 7-Punkte-Plan schlagen wir daher ein Bündel an Maßnahmen vor. So muss Gewinn- und Einkommensbesteuerung dort erfolgen, wo die Wertschöpfung erzielt wird, nicht am formalen Unternehmenssitz. Des Weiteren muss das Geschäftsmodell der Steueroasen zerstört, diese zur Kooperation gezwungen und große Vermögen aus Steueroasen rückverlagert und einer angemessenen Besteuerung unterzogen werden.

All das kann ebenfalls auch von mittelgroßen europäischen Staaten nicht umgesetzt werden – sie stehen im „Standortwettbewerb“ und sind damit nicht in der Lage, Wirtschaftspolitik aktiv zu betreiben – die anonymen Marktkräfte vor allem die der Finanzmärkte sind bestimmend. Ein großer Staat, wie die von uns vorgeschlagene Europäische Republik, könnte den Primat der Politik über die Wirtschaft wiederherstellen. Produktion in diesem großen Staat und großen Markt mit hochqualifizierten Arbeitnehmern hat Vorteile, die eventuell höhere Steuern und Löhne bei weitem ausgleichen. Auch kann der Marktzugang von Produktion in der Europäischen Republik (z.B. für die Rüstungsindustrie) bzw. in der Europäischen Union abhängig gemacht werden. Und schließlich könnte dieser Staat aufgrund seiner Machtposition unfaire Niedrigsteuerpolitiken sowohl in der EU wie auch in bisherigen Steueroasen abstellen.
- Die Handlungsfähigkeit der vorgeschlagenen Europäischen Republik hängt auch von deren innerer Struktur ab. Ein Staat mit instabilen politischen Verhältnissen wird den Erwartungen nicht gerecht werden. Ist er nicht erfolgreich, würden zwangsläufig zentrifugale Kräfte für seinen Zerfall sorgen. Da dieser Staat sieben Bundesstaaten hätte, jeder mit seinen eigenständigen Parteien, wäre ein Regierungssystem nach dem Westminster-Modell von Instabilität gekennzeichnet. Eine Europäische Republik müsste eher nach dem Modell der USA oder Frankreichs aufgebaut sein: Ein starker Präsident, der außenpolitisch handlungsfähig ist, gerade auch in Bezug auf den Einsatz der Streitkräfte, der direkt von den Staatsbürgern gewählt und Chef der Regierung ist. Dazu ein Parlament, das aus einer Bürger- und einer Staatenkammer besteht. In der Bürgerkammer, einer Deputiertenkammer sollte jeder Abgeordnete dann ca. die gleiche Anzahl an Bürgern vertreten – ob nach dem Verhältnis- oder nach einem Mehrheitswahlrecht gewählt wird, könnte man den Bundesstaaten überlassen. Die Staatenkammer sollte ein Senat sein, bestehend aus jeweils zwei

Senatoren aus jedem Bundesstaat, womit ein Ausgleich für die kleineren Staaten geschaffen wäre, die in der Deputiertenkammer kaum Einfluss hätten.

Kann das Realität werden, ist es Vision oder schon Utopie? Wir glauben, dass es eine Vision ist, die Realität werden könnte, wenn Persönlichkeiten vor allem in Frankreich, Deutschland und Italien dafür gewonnen werden, die Kraft ihrer Autorität auch die Bürger überzeugen können. Denn was ist die Alternative? Ein immer machtloseres Europa, das Spielball der Finanzmärkte und der Großmächte oder amerikanischer Brückenkopf in Eurasien ist.

Eine Europäische Republik jedoch, die jene Politiken verfolgt, die hier skizziert sind, würde den Bürgern dieser Republik und der gesamten Europäischen Union den Glauben an eine bessere Zukunft geben und damit Kräfte mobilisieren, die das Erreichen der beschriebenen Ziele begünstigen. Eine Europäische Republik wäre Weltmacht und könnte positiven Einfluss auf ihre Nachbarschaft und auch auf die anderen Weltmächte ausüben. Gemeinsam kann die Welt zu einem Ort gemacht werden, der für die zukünftigen Generationen lebenswert bleibt. Und wenn die Europäische Republik erfolgreich ist, dann wird die Begeisterung ihrer Bürgerinnen und Bürger dazu führen, dass die Nationen, die diesen Staat bilden, trotz vier verschiedener Sprachen, sich immer mehr als eine Nation verstehen.

Josef Riegler als unseren Mitstreiter zu haben – auf das sind wir stolz – und wir bleiben dabei:  
**Die Visionäre sind die wahren Realisten der Geschichte.**

-----

Mag. Karl Koller ist einer der beiden Präsidenten von Nova EUropa – Sammlungsbewegung für eine Europäische Republik

Mag. Christoph Korosec ist Obmann von Nova EUropa – Sammlungsbewegung für eine Europäische Republik